

Es geht um die Würde...

Erfahrungen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen in einem namibischen Dorf

Werner Rätz, Dagmar Paternoga (Attac AG Genug für alle)

In Namibia im Bezirk Omitara im Ort Otjivero erhielten von Januar 2008 bis Dezember 2009 alle BewohnerInnen, die vor Beginn des Projektes dort registriert und jünger als 60 Jahre waren, monatlich 100 namibische Dollar (etwa 10 €). Die Zahlung erfolgte ohne jede Auflage und ohne irgendeine Einmischung seitens der Geldgeber. Organisiert hatte das das „Grundeinkommensbündnis“ (*basic income grant coalition*) Namibias; es besteht aus dem Namibischen Kirchenrat, dem Gewerkschaftsbund Namibias, dem Dachverband der Nichtregierungsorganisationen und dem Bündnis der Aidhilfegruppen. Inzwischen ist auch der Verband der Jugendorganisationen Namibias beigetreten. Begleitet wurde das Projekt von Anfang an von einer Forschungsgruppe, die neben namibischen WissenschaftlerInnen auch internationale Experten umfasste, so Guy Standing von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen. Die Gelder wurden aus Spenden aufgebracht. Nach dem Auslaufen des Projekts wird für eine Übergangszeit ein Überbrückungsgeld von 80 ND monatlich bezahlt. Herbert Jauch, Gründungsdirektor des gewerkschaftsnahen Forschungsinstituts Labour Resource and Research Institute (LaRRI) und jetzt freier Mitarbeiter dort, war vom 18. - 31.3.2010 in Europa zu Veranstaltungen in Österreich, Deutschland, der Schweiz und Lichtenstein.

Einlader in Deutschland waren u. a. das Netzwerk Grundeinkommen und die Attac-AG genug für alle. Mitglieder der AG haben Herbert Jauch bei allen Terminen außer einem begleitet. Der vorliegende Text will ein Resümee dieser Veranstaltungsreihe ziehen und einige aus unserer Sicht wichtige Einsichten zur Diskussion stellen. Dazu geben wir zuerst eine sehr knappe Zusammenfassung der Ergebnisse des Projekts in Otjivero wieder, wie sie H. Jauch in seinen Vorträgen ausführlich dargestellt hat. Vieles davon ist nachzulesen auf der Webseite des BIG-Coalition www.bignam.org

Das Grundeinkommensprojekt in Namibia ist ein Erfolg

Otjivero ist ein Ort, der rings von Farmland weißer, meist deutschsprechender Siedler umgeben ist. Dem Staat gehört dort ein Wasserreservoir mit etwas Land, sodass sich vor allem entlassene FarmarbeiterInnen dort angesiedelt hatten. Die Farmer wollten die Leute da nicht haben, Diebstahl von Brennholz oder die Jagd von Kleinwild wurde unbarmherzig verfolgt und bildete den allergrößten Anteil an der Kriminalität im Ort. Da Menschen über 60 Jahre in Namibia eine staatliche Rente von 450 ND bekommen, kamen die knapp Tausend jüngeren BewohnerInnen Otjiveros in den Genuss der Zahlung. Diese erfolgte ursprünglich in bar, wozu eigens ein Bus ins Dorf kam; nach wenigen Monaten hat die namibische Post dort eine Filiale aufgemacht und allen Berechtigten ein Konto eröffnet. Dieses ist ebenso wie zwei Abhebungen monatlich kostenlos, sollte das Grundeinkommen namibiaweit eingeführt werden, hat die Post zugesagt, Filialen in jedem Ort des Landes einzurichten.

Die Ergebnisse des Projekts sind eindeutig: Die Gesundheits- und Ernährungssituation hat sich dramatisch verbessert, fast alle Kinder schaffen ihre Jahresabschlüsse in der Schule, die Kriminalität ist stark zurückgegangen. Einige BewohnerInnen des Ortes haben eigene wirtschaftliche Aktivitäten begonnen: Zwei haben kleine Läden eröffnet, eine backt Brötchen, einige nähen Kleider, einer brennt Ziegel. Diese Produkte können lokal verkauft werden, da das Grundeinkommen Geld zum Einkauf zur Vergütung stellt. Darin unterscheidet es sich erheblich von den international oft so sehr gelobten Mikrokrediten, die zwar die Aufnahme einer Produktion ermöglichen, aber erstens über die Rückzahlungspflicht und die immensen Zinsen oft schlimme Abhängigkeiten erzeugen und die zweitens eben die Lebenssituation der nicht Begünstigten nicht verändern. Es gibt weder Hinweise

darauf, dass die Menschen durch das Grundeinkommen passiv werden, noch hat sich das – existierende – Alkoholproblem verschlimmert.

Wichtiger als die unmittelbar wirtschaftlichen Ergebnisse sind ohnehin die indirekten Folgen des Projekts. Da auch die Besitzer der im Bezirk liegenden Farmen das Grundeinkommen erhalten, mussten die sich ebenso wie die armen Schwarzen in die Schlange stellen und warten, bis sie dran waren. In einer Versammlung behauptete einer von ihnen, nie ArbeiterInnen entlassen zu haben, und eine Frau stand auf und widersprach ihm öffentlich. Eine andere erzählte, dass sie vor Erhalt der Zahlung die Entscheidung, mit wem sie eine (zeitweilige) Partnerschaft einging, auch davon abhängig machen musste, dass der Jeweilige auch Geld und Einkommen hatte: „Jetzt schicke ich Farmarbeiter weg, wenn sie nach der Auszahlung ihres Lohns ins Dorf kommen.“ Eine andere sagt: „Es geht um unsere Würde!“

Ähnliche Ergebnisse in Brasilien und Sambia

Herbert Jauch wurde bei den meisten Veranstaltungen von Werner Rätz ergänzt, der auf zwei ähnlich gelagerte Projekte verwies. In Brasilien gibt es ein umfassendes Programm bedarfsgeprüfter Sozialhilfe für Familien (*bolsa familia*), das Zahlungen an knapp ein Viertel der Bevölkerung in ähnlicher Höhe wie in Namibia leistet. Es ist zusätzlich mit Bedingungen verbunden, die vor allem den Schulbesuch und Gesundheitsuntersuchungen für Kinder betreffen. Von über 15 Millionen berechtigter Familien nehmen nur 12,5 Mio. die Leistungen in Anspruch. Die Bedingungen (oft bringt die Arbeit der Kinder das einzige Einkommen in der Familie, sodass Schulbesuch ausgeschlossen ist) und bürokratische Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme des Programms haben offensichtlich eine abschreckende Wirkung. Dennoch sind die Ergebnisse bei den Geldempfängerinnen den namibischen vergleichbar: Verbesserung der Lebenssituation und Belebung der örtlichen Wirtschaft. In Sambia hatte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein ähnliches Projekt installiert, das inzwischen von britischen Stellen weitergeführt wird. Es war ebenfalls bedarfsgeprüft, aber ohne weitere Bedingungen. Auch hier sind Zahlungshöhe und Ergebnisse vergleichbar, wenn man die große Zahl der nicht vom Programm Erreichten in Brasilien mit heranzieht, sogar besser, weil hier alle Berechtigten das Geld auch bekommen haben und für alle sich ihre Lebensumstände verändert haben.

Ihr verändert ja die Welt

Die erste Veranstaltung in Deutschland fand in Dresden statt, maßgeblich organisiert von der dortigen Grundeinkommensinitiative. Dementsprechend war das Interesse der etwa 70 Anwesenden vor allem auf die konkreten Ergebnisse des Pilotprojekts gerichtet, das in der Grundeinkommenszene ja inzwischen eine gewisse Prominenz besitzt – übrigens nicht immer zur Freude der namibischen OrganisatorInnen, wenn denn immer mehr Neugierige ins Dorf drängen und die Menschen dort ein wenig auf den Status von Beobachtungsobjekten reduzieren. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich GrundeinkommensbefürworterInnen hier sehr stark mit solchen Modellprojekten identifizieren.

Einen ganzen Tag lang gab es Gespräche mit PolitikerInnen in Berlin. Ein Besuch bei den Fraktionsobleuten im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales litt ein wenig darunter, dass außer der Vorsitzenden nur drei Obleute anwesend waren (SPD und FDP fehlten ohne Angabe von Gründen) und zwei aus Termingründen nicht an der gesamten Besprechung teilnehmen konnten. Dennoch wurde erkennbar, dass soziale Fragen bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen im Süden und Norden doch auch ähnliche Dimensionen aufweisen. Bei der Fraktion der Linken hatten die EntwicklungspolitikerInnen eingeladen. Dementsprechend war die Diskussion sehr stark auf diesen Themenkreis ausgerichtet. Wichtigstes Ergebnis dürfte gewesen sein, dass die Wirkung solcher Maßnahmen wie einem (geringen) Grundeinkommen im Süden sehr stark von weiteren Bedingungen abhängig ist: Würde Namibia das Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPA) unterschreiben, das

die EU ihm augenblicklich vorlegt (Namibia weigert sich als einziges afrikanisches Land nach wie vor), dann müsste es seine Märkte völlig öffnen und zumindest Ziegel- und Kleiderproduktion in Otjivero wären im Nu der ausländischen Billigkonkurrenz ausgesetzt. Bei den Grünen war die Einladung zweier MdB aus der Entwicklungs- und Sozialpolitik an die gesamte Fraktion ergangen und auch im Ladesverband ein wenig gestreut worden. Dementsprechend breit war die Beteiligung. Zwei Fragen wurden besonders klar angesprochen, zum einen die Wirkung einer Grundeinkommenszahlung auf die Geschlechterverhältnisse und zum anderen die notwendige Bedingungslosigkeit von Leistungen, um neue soziale Ausschlüsse und Spaltungen zu vermeiden.

Es folgte ein Gespräch bei der Society for International Development in Bonn, das auch für Mitglieder der lokalen Grundeinkommens- und attac-Gruppen geöffnet worden war. Hier gab es aus Zeitgründen keine Gelegenheit, auf Brasilien und Namibia hinzuweisen, dies wird in einer eigenen Veranstaltung später erfolgen. Das Interesse aus der Grundeinkommensbewegung war ähnlich ausgerichtet wie in Dresden, die entwicklungspolitischen Profis rückten gleich in der ersten Wortmeldung einen bis dahin nur wenig besprochenen Aspekt in den Vordergrund. Was denn die Geldgeber dazu sagten, die nationalen Ministerien der Geberländer und die internationalen Institutionen: „Ihr verändert doch da die Welt! Das können die doch nicht wollen!“ Herbert Jauch konnte diese Einschätzung am Beispiel des Internationalen Währungsfonds, der mit falschen Zahlen und anderen Missdeutungen gegen die Einführung eines Grundeinkommens für alle in Namibia agitiert, bestätigen und auch die Anwesenden wussten aus eigener Erfahrung Ähnliches zu berichten. Internationale Kooperation und die Zusammenarbeit auch über Institutionen und Bewegungen hinweg werden notwendig sein, wenn man das Ziel eines universellen Grundeinkommens erreichen will. Wenn Namibia als erstes Land so etwas einführen würde, wäre es ein Beispiel, das vielen mächtigen Interessen im Wege stände.

Dieser Aspekt war dann die Ausgangssituation der Diskussion in Gießen, auch dort vor einem gut gefüllten Saal. Von Anfang an wurde der Zusammenhang der drei Länder diskutiert und diese vor allem als Beispiele für eine umfassende Problematik genommen: Wie kann ein gutes Leben für alle möglich werden. Die örtliche Zeitung kommentierte anderentags zutreffend: „Die Themen Mindestlohn und Grundeinkommen werden kontrovers diskutiert. Doch bislang haben sich Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter noch nicht einigen können. Die Beispiele aus anderen Ländern in Afrika und Südamerika zeigen, wie es funktionieren könnte. Vielleicht sollten deutsche Entscheidungsträger ihren Blick nach Namibia, Brasilien oder Sambia richten.“ Das forderten auch Anwesende, etwa einer, der darauf bestand, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen, wenn es den eingeführt werden sollte, im Süden beginnen müsste.

Es geht um die politische Richtung, nicht um den guten Willen

Wir hatten als Attac-AG genug für alle schon vor Jahren so argumentiert. Deshalb hatten wir schon zum Grundeinkommenskongress in Berlin im Oktober 2008 Vertreter aus Sambia und Namibia eingeladen. Für uns war die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen nie eine nationale Orientierung, sondern immer von dem gleichen Recht aller Menschen weltweit auf ein gutes Leben her begründet und deshalb immer auch ein Umverteilungsprojekt von Nord nach Süd. Dieser Zusammenhang hat sich in der Veranstaltungsserie mit Herbert Jauch eindrucksvoll bestätigt. Angesichts weltweiter Freihandelsorientierung verlieren die Menschen zunehmend überall auf der Welt das Recht und die Möglichkeit, selber darüber zu bestimmen, wie sie leben wollen. Profitinteressen bestimmen die kapitalistische Ökonomie nicht erst seit Aufkommen des Neoliberalismus, aber sie werden mit WTO und Freihandelsabkommen, mit der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und dem Aufbau internationaler Stoffströme nicht nur für Rohstoffe und Fertigprodukte, sondern auch für Müll und Tiefkühlhähnchen zunehmend in institutionelle Abläufe gegossen, gegen die im nationalen Rahmen gar nicht mehr anzugehen ist. Das ist für uns die erste und wichtigste Lehre aus einer Woche intensiver Diskussion in verschiedensten Zusammenhängen, oft auch mit Medienleuten und mit einzelnen Interessierten.

Die zweite ist, dass die Grundeinkommensbewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie sich weltweit als Teil der Bewegung für ein gutes Leben aller versteht. Es reicht nicht aus, mit viel Enthusiasmus davon auszugehen, dass man nur mit irgendwelchen Schritten anfangen muss, und seien sie noch so klein. Herbert Jauch hat immer wieder betont, dass sie kein dauerhaftes Projekt als solches wollen, sondern die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle in ganz Namibia. Otjivero hatte und hat eine wichtige Funktion: Es macht deutlich, dass ein Grundeinkommen auch unter schwierigsten Bedingungen möglich ist und gute Ergebnisse zeitigt. Weitere Projekte könnten weitere Fragen ebenso erfolgreich beantworten. Aber die große Idee einer bedingungslosen Sicherung des Existenzminimums für alle darf nicht in Einzelprojekte zerlegt werden, sondern muss universell und global bleiben. Da werden nicht immer alle Dinge möglich sein, die die AktivistInnen für essenziell halten, und man wird Kompromisse machen müssen. Und beispielsweise eine Sozialhilfe für ein Viertel der Bevölkerung wie in Brasilien oder die (leider bisher nicht durchgesetzte) Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV bei uns wären und sind wichtige Zwischenschritte. Solche Kompromisse zu verweigern wäre realitätsblind. Aber die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geht viel weiter und ruft deshalb auch ganz andere Widerstände hervor. Die wird man nicht überwinden können, wenn man sich Illusionen darüber macht, wer denn diese Forderung wirklich unterstützen könnte. Wer ein Grundeinkommen wirklich will, wird an die Grenzen des Kapitalismus stoßen und daran heftig rütteln müssen.

Unsere dritte Schlussfolgerung ist, dass das Grundeinkommen nicht als fertiges Modell gedacht werden kann. Man wird Menschen nicht dadurch von seiner Richtigkeit überzeugen können, dass man nur genügend Fragen beantwortet und Details erklärt. Erstens ist bei aller Übereinstimmung bestimmter Probleme jede Gesellschaft anders und hat ihre besonderen Bedingungen, denen ein Grundeinkommen gerecht werden muss. Die Gemeinsamkeit verschiedener Grundeinkommensbewegungen kann also nicht im identischen Modell bestehen, sondern in der Einsicht, dass es Interessen gibt, die sich mit einem guten Leben aller nicht vereinbaren lassen. Auch in Namibia gibt es weiterhin Individuen, die behaupten, die Menschen in Otjivero hätten es gar nicht besser als früher, sie würden das Grundeinkommen versaufen und würden passiv und faul, obwohl das offenkundig nicht so ist. Wer ein Grundeinkommen will, wird es gegen starke Interessen und innerhalb von Konflikten durchsetzen müssen. Ohne lange und heftige Kämpfe wird es nicht nur kein Grundeinkommen geben, es wäre auch gar nicht wünschenswert. Erst im Eintreten für ihre eigenen Interessen gewinnen die Menschen das Selbstbewusstsein, das es ihnen ermöglicht, selbst zu bestimmen, wie sie miteinander leben und gemeinsam Gesellschaft bilden wollen.